

Niederschrift über die Sitzung
am 05.09.2007

Tagungsort: Altes Rathaus, 1. Etage, Nahariya Raum

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Anwesend:

SPD-Fraktion

Frau Pohlreich

Herr Puhmann

Bündnis90/ Die Grünen-Fraktion

Frau Rathsmann-Kronshage

BfB-Fraktion

Frau Cascante-Maristany

Migrationsrat

Frau Adilovic-Berends

Frau Betancourt Hein

Herr Citak

Herr Düger

Herr Gügen

Herr Koyun

Herr Mazaca

Herr Tas

Herr Tasar

Frau Argyriadou

Herr Sever

Stellvertretende Mitglieder

Herr Remmo

Frau Acar-Gökce

Von der Verwaltung

Herr Grinblats

Frau Grewe

Entschuldigt fehlen

Herr Önder

Herr Aka

Herr Rütter

Herr Tsapos

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Vorschläge des Migrationsrates für ein zukünftiges "Amt für Integration und Interkulturelle Angelegenheiten"

Frau Vorsitzende Argyriadou begrüßt Herrn Grinblats und bittet ihn den Migrationsrat über den Sachstand bezüglich des neuen Amtes zu informieren. Herr Grinblats erläutert einen Entwurf (s. Anlage) für eine mögliche Organisationsstruktur. Es sei Intension des Oberbürgermeisters, durch die Einrichtung eines Amtes die Integrationsbemühungen zu koordinieren und zu steuern sowie die Kräfte innerhalb der Verwaltung effektiv zu bündeln. Insbesondere die beiden Fachstellen RAA und Interkulturelles Büro würden in der neuen Organisationseinheit zusammengefasst. An diesem Entwicklungsprozess seien alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, beteiligt. Das Land, das die RAA fördert, habe die Zusammenlegung beider Bereiche fachlich und inhaltlich für richtig gehalten und die Entscheidung begrüßt. Herr Voßhans werde die Amtsleitung übernehmen. Eine wesentliche Grundlage der Arbeit des neuen Amtes werde das vom Rat der Stadt beauftragte Integrationskonzept sein. Die Personalentscheidungen lägen im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters. Allerdings habe Herr David bereits in der letzten Sitzung des Migrationsrates die Bereitschaft geäußert, dessen Vorschläge und Empfehlungen entgegenzunehmen. Er werde die heutigen Anregungen des Gremiums an den Herrn Oberbürgermeister weiterleiten.

Herr Koyun fragt nach der Stellung der Geschäftsführung des Migrationsrates in dieser Struktur. Er vermisse eine klare Struktur dieser Aufgabe. **Frau Pohlreich** schließt sich der Frage an und regt an, die Aufgabe der Geschäftsführung des Migrationsrates herauszustellen. **Herr Düger** verweist auf seine schriftliche Stellungnahme. Er erwarte eine Aufwertung des Migrationsrates und seiner Geschäftsstelle und plädiert für die Unterbringung der RAA im Rathaus. **Herr Sever** hält es aufgrund der besonderen Umstände unter denen der Migrationsrat arbeitet, für wichtig die Geschäftsstelle, das Interkulturelle Büro, zu stärken. Herr Tas schlägt vor, in der Geschäftsstelle die Aufgabe einer Beschwerdestelle für Diskriminierungsfälle zu verankern.

Herr Grinblats betont, es sei sinnvoll, die Selbstständigkeit der Geschäftsführung beizubehalten. Dass diese Aufgabe in der Übersicht nicht oben erschiene, habe mit der Bewertung wenig zu tun. Die RAA werde in das neue Rathaus kommen. Es sei aber vorgesehen die freigestellten Lehrkräfte im Anker-Gebäude zu belassen. Der Migrationsrat werde im gesamten Prozess eine wichtige Rolle spielen. Der Vorschlag eine Beschwerdestelle auf Grundlage des Gleichbehandlungsgesetzes einzurichten werde aufgenommen.

Frau Cascante fragt nach einem eigenen Budget des Amtes. Um eigene Tätigkeiten zu entfalten müsse das Amt unabhängig von anderen Dezernaten agieren. **Herr Düger** ergänzt die Frage an bezüglich personeller Ressourcen. **Frau Betancourt** regt an, im neuen Amt verstärkt Frauenarbeit zu leisten.

Herr Grinblats erklärt, die personellen und finanziellen Ressourcen beider Einheiten (RAA/ Interkulturelles Büro) würden zusammengelegt. Darüber hinaus führe man momentan mit anderen Verwaltungseinheiten Gespräche ob die Leistungsverträge im Bereich Integration in das neue Amt eingebunden werden

können. Es handele sich um circa zehn bis zwölf Leistungsverträge mit einem Finanzvolumen von 120.000 - 150.000 Euro.

Ferner sei es authentische Aufgabe des Amtes die Sprachförderung in Bielefeld zu koordinieren und effizienter zu gestalten.

Das Amt habe Querschnittsaufgaben und werde mit vielen Verwaltungseinheiten kommunizieren, Maßnahmen und Angebote anregen, die jedoch von den jeweiligen Einheiten umgesetzt würden. In der Organisationsverfügung werde diese Funktion des Amtes fixiert.

Frau Vorsitzende Argyriadou erinnert an die Fragestellungen, die Herr Puhmann in der letzten Sitzung des Migrationsrates formuliert hatte. Diese wurden protokolliert und allen übersandt. Sie habe einen Vorschlag zu den jeweiligen Punkten unterbreitet. Ferner hätten auch Herr Koyun und Herr Düger schriftlich Stellung bezogen(s. Anlagen).

Herr Koyun und Herr Düger erläutern ihre Vorschläge und weisen darauf hin, diese Vorschläge enthielten mehr inhaltliche Anregungen als Organisationsvorschläge für die künftige Arbeit des Amtes.

Herr Düger regt an, als die Grundlage der Arbeit des neuen Amtes das vom Rat beschlossene künftige Konzept zur Integration (Drucksachenummer 3557) zu nehmen.

Nach diesen Ausführungen schlägt **Frau Vorsitzende Argyriadou** vor, die Haltung des Migrationsrates zu den einzelnen Punkten zu klären.

Frau Adilovic problematisiert das Fehlen zusätzlicher finanzieller und personeller Ausstattung des Amtes zur Wahrnehmung seiner Aufgaben. Sie vermisse bei der Besetzung solcher Stellen Fachkräfte mit Migrationshintergrund. **Herr Tas** befürwortet die Beibehaltung der Aufgaben der Integrationsbeauftragten im neuen Amt.

Herr Grinblats versichert, dass zukünftig im Rahmen der Fluktuation in der Verwaltung Führungskräfte mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden. Im neuen Amt seien bereits viele Beschäftigte mit Migrationshintergrund vorhanden.

Frau Rathsmann- Kronshage regt zu Punkt 2 des Vorschlages von Frau Argyriadou an, Senioren mit Migrationshintergrund als weitere Zielgruppe aufzunehmen. Neben der Einbürgerungsstelle solle auch die Aussiedlerberatungsstelle in das neue Amt eingebunden werden. Sprachförderung sei nicht nur Sonderproblematik der Kinder mit Migrationshintergrund sondern eine Querschnittsaufgabe. Sprachförderung sei ein Erziehungsauftrag und gelte für alle Kinder. Sie plädiere dafür, die Sprachförderung am bisherigen Standort zu belassen. Die Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund müsse konsequent vorangetrieben werden. Kurzfristig könnten bereits Praktikums- und Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund bereitgestellt werden.

Herr Puhmann spricht sich für die Einbindung der Einbürgerungsstelle aus da die Einbürgerung wesentliches Element der Integration sei und das neue Amt diese besonders befördern sollte. Die Ausländerbehörde sei aufgrund der Gesetzesvorgaben im Integrationsamt nicht gut aufgehoben. Das Demographiekonzept halte er für eine übergreifende Aufgabe, die deutlich über das Thema der Integration von Migranten hinausgehe. Eine verbindliche Kooperation mit klarer Aufgabentrennung bzw. Zuständigkeit um die demographischen Aspekte in der Arbeit des Integrationsamtes zu berücksichtigen, sei notwendig. Das Konzept der familienfreundlichen Stadt sei für die Integration der Migrantenfamilien von großer Bedeutung. Deshalb müsse eine Verknüpfung vorgenommen werden. Es müsse in Bezug auf die Rolle des Amtes eine klare Verbindlichkeit herausgestellt werden.

Frau Vorsitzende Argyriadou bedankt sich für die Anregungen und Ergänzungen und fasst folgende Positionen des Migrationsrates zusammen und lässt

darüber abstimmen. Zur Bezeichnung des Amtes liegen fünf Vorschläge vor:

- Amt für interkulturelle Integration (Vorschlag: Verwaltung als Arbeitstitel)
- Amt für Migration und interkulturelle Angelegenheiten (Vorschlag: Herr Koyun)
- Amt für Integration (Vorschlag: Herr Düger und Frau Pohlreich)
- Amt für interkulturelle Angelegenheiten (Anregung der RAA) und
- Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten (Vorschlag: Frau Argyiadou)

Über die Vorschläge wird mit folgendem Ergebnis abgestimmt:

1. Vorschlag -- keine Stimmen
2. Vorschlag -- 1 Stimme
3. Vorschlag -- 5 Stimmen
4. Vorschlag -- keine Stimmen
5. Vorschlag -- 9 Stimmen

Beschluss:

Der Migrationsrat empfiehlt, das neue Amt „**Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten**“ zu bezeichnen.

- mehrheitlich beschlossen -

Beschluss:

Der Migrationsrat empfiehlt die Einbürgerungsstelle in die Organisationsstruktur des neuen Amtes für Integration und interkulturelle Angelegenheiten einzubinden. Ferner empfiehlt er die Stelle der Aussiedlerberatung in das neue Amt zu integrieren.

-einstimmig-

Beschluss:

Der Migrationsrat empfiehlt die Sprachförderung in ihrer alten Zuständigkeit zu belassen. Dafür 8 Stimmen, dagegen 4 Stimmen.

- mithin mehrheitlich angenommen –

Beschluss:

Der Migrationsrat stimmt dem Vorschlag von Frau Argyiadou bezüglich des Demographiekonzeptes und des Konzeptes Familienfreundliches Bielefeld zu.

-einstimmig-

Herr Puhlmann fragt, welcher Ausschuss für die Haushaltsangelegenheiten des Amtes zuständig ist. **Herr Grinblats** geht davon aus, dass dieses der Hauptausschuss sein wird, denn das Amt gehöre zum Dezernat Oberbürgermeister.

Herr Tas bekräftigt seine Forderung nach mehr Personal mit Migrationshintergrund in der Verwaltung.

Frau Cascante hebt ausdrücklich die bisherige, positive Arbeit des Interkulturellen Büros hervor, dessen Kompetenzen bisher von unschätzbbarer Bedeutung gewesen seien und sie hoffe, dass diese Arbeit fortgeführt werde. **Herr Düger** plädiert erneut für eine erkennbare Aufwertung des Migrationsrates. **Frau Pohlreich** gibt zu Protokoll, Herr Voßhans sei als Leiter des Amtes ein Glücksfall für den Bereich Integration. Nicht nur sie habe Herr Voßhans als fachlich kompetente Person kennen gelernt. Auch die Migranten würden ihn als einen Gewinn für die Integrationsarbeit in Bielefeld schätzen lernen. **Herr Tas** äußert, er habe Herrn Voßhans eher in der Position des Jugendamtsleiters gewünscht. Er werde aber auch diese neue Aufgabe fachlich gut handhaben. **Frau Adilovic** hebt in diesem Zusammenhang die bisherige Arbeit des Interkulturellen Büros hervor. Sie sei auf Landesebene mit anderen Kommunen in Kontakt und habe dadurch die Möglichkeit, einen qualitativen Unterschied zwischen Bielefeld und anderen Städten zu erkennen.

* Migrationsrat - 05.09.2007 - öffentlich - TOP 1 - Drucksache *

Kyriaki Argyriadou
Vorsitzende

E. A. Sag